

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Die neue Veranstaltungsplattform
des Behörden Spiegel

Nr. 40 Berlin und Bonn

19. August 2021



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Unwetter, Vegetationsbrände und andere Katastrophen

(BS) Von den erschreckenden Folgen des Unwetters in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie in Bayern und Sachsen vor rund vier Wochen haben wir uns noch lange nicht erholt. Die vierte Corona-Welle ist noch längst nicht überwunden. Die erforderliche Herdenimmunität ist in weiter Ferne. Die diffizile Lage in Afghanistan hat auch Auswirkungen auf Deutschland. Bei all diesen Szenarien fehlt im Repertoire des Zivilschutzes nur noch ein massiver Cyber-Angriff, der zu einem flächendeckenden Stromausfall führt.

Dann würden mehrere Szenarien unabhängig voneinander eintreten. Die Diskussion um Prävention, Resilienz, Investitionen, ressortübergreifende Zusammenarbeit und Optimierung von Entscheidungs- und Ablaufprozessen nimmt neuen Schwung auf, den wir in Deutschland dringend brauchen. Die Lehren und Konsequenzen zu ziehen, wird eine große Herausforderung sein, der sich alle Verantwortlichen stellen müssen. Möge die "Rückkehr zum Alltag" wie sonst uns erspart bleiben.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Erste Lehren gezogen

(BS) Die Politik zieht erste Konsequenzen aus der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Die Umweltministerin von NRW, Ursula Heinen-Esser (CDU), fordert, den Hochwasserschutz zu verbessern und neu zu gestalten.

"Wir müssen Hochwasserschutz in Zeiten des Klimawandels neu denken und vorrangig unter dem Aspekt der Klimaanpassung sehen. Vorsorgemaßnahmen müssen an bisher nicht bekannten Pegelständen und künftig prognostizierten Extremereignissen ausgerichtet werden", so Heinen-Esser. Zwar könnten Extremwetterereignisse nicht verhindert, jedoch die Folgen dieser Ereignisse abgemildert werden, zeigt sich die Ministerin überzeugt.

Es stehen gerade die kleinen Flüsse im Fokus der Neugestaltung. Besonders das Thema der Hochwasserwarnung will Heinen-Esser angehen. Um besser vor Überflutungen warnen zu können, müsse überprüft werden, wie das derzeitige Vorhersagesystem für kleinere Gewässer weiterentwickelt werden kann. Bisher gebe es diese Hochwasserprognosen in NRW nur für die Ahr und den Rhein. Ebenso müsse laut der Ministerin die Informationsweitergabe überarbeitet werden. Nach Medienberichten erhielten zwar die betroffenen Kreisleitstellen Informationen zu den Pegelständen der Flüsse per Mail, doch enthielten diese keine Prognosewerte und Empfehlungen. Eine Einordnung des Gefahrenpotenzials gab es nicht und die richtige Reaktion konnte so vor Ort nicht eingeleitet werden.

Nicht nur Warnsysteme ändern

"Der kommunale Hochwasserschutz für Flusshochwasser, wie wir sie früher kannten, ist schon sehr gut aufgestellt, vor allem bei den großen Flüssen, wie Donau, Elbe



Es gibt zahlreiche Möglichkeiten sich gegen Hochwasser zu wappnen. Doch es müssen vorher teilweise grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden.

Foto: BS/Markus Distelrath, pixabay.com

und Rhein. Schlechter sieht es bei den kleineren Flüssen aus, die jetzt die großen Probleme verursacht haben", schätzt Jutta Lenz, stellvertretende Geschäftsführerin des HochwasserKompetenzCentrums (HKC), die Lage ein. Sie und ihre Kollegen fordern schon seit Jahren, dass Flüssen mehr Raum gegeben werden muss. Dies bedeutet, dass Flutflächen ausgewiesen werden müssen, auf denen keine Bebauung zugelassen werden darf. Als Reflex nach Katastrophen dieser Art wird immer die Ausweisung von Flutflächen gefordert, aber wenn das Hochwasser 15 Jahre zurückliegt, werden diese Forderungen schnell vergessen. Die Umsetzung der Maßnahmen benötigt jedoch sehr viel Zeit. Dies sei ein Grund, warum der kommunale Hochwasserschutz hakt.

Als zweiten Grund sieht die Expertin die "vielen Zielkonflikte" bei Zuweisung der Flächen. So gebe es eine starke Konkurrenz um Bauland in Ufernähe. Einerseits braucht es Überflutungsflächen. Andererseits wollen viele Kommunen neue Gewerbe- oder Wohngebiete ausweisen, um weiter zu wachsen.

THW im Katastrophengebiet

(BS) Nach den Überflutungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind die Kräfte der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) dort vielfältig im Einsatz. Sie beseitigen unter anderem Umweltgefahren und sichern die Trinkwasserversorgung. Außerdem werden Brücken errichtet.

So reinigen Mitglieder der Fachgruppen Ölschaden kontaminiertes Wasser, nachdem Heizöltanks aufgrund der Fluten beschädigt oder gänzlich weggespült wurden. Außerdem organisieren sie die fachgerechte Entsorgung der Tanks. "Öl-Wasser-Gemische trennen wir mit Separationsanlagen und pumpen anschließend das saubere Wasser in die Kanalisation", erklärt THW-Präsident Gerd Friedsam. Zudem werden die verbliebenen Öltanks leer gepumpt, um weitere Umweltgefahren zu vermeiden.

Zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung sind Aufbereitungsanlagen im Einsatz. Dort wird das Wasser gesäubert und dann in vorhandene Leitungen eingespeist. Dazu meint Friedsam: "Eine funktionierende Versorgung ist essenziell für die Bevölkerung. Mit unseren THW-Aufbereitungsanlagen können wir so lange Trinkwasser liefern, bis die örtlichen Wasserversorger wieder übernehmen können." Zur Aufbereitungsanlage dazu gehört auch ein Labor. Die Anlage filtert das Wasser ultrafein und kann pro Stunde bis zu 15.000 Liter aufbereiten. Entnommen wird das Wasser aus der Ahr. Anschließend durchläuft es mehrere Stufen. In der Vorfiltration werden grobe



Fachgruppen Ölschaden vom THW reinigen kontaminiertes Wasser und pumpen beschädigte Heizöltanks in den Überflutungsgebieten leer.

Foto: BS/THW, Benedikt Heyder

Verunreinigungen entfernt. Danach wird eine Aktivkohlefilterung vorgenommen und Chlor zugesetzt. Zum Schluss werden Mikroorganismen, wie Keime und Viren, mithilfe von UV-C-Bestrahlung unschädlich gemacht. Das so aufbereitete Wasser entspricht der deutschen Trinkwasserverordnung. Neben diesen Gerätschaften betreibt das THW in den Katastrophengebieten auch mobile Werkstätten für seine Fahrzeuge.

Bisher waren über 9.500 Helferinnen und Helfer aus 615 der 668 Ortsverbände des THW in Zuge der Hochwasserkatastrophe im Einsatz. Die Kräfte des Hilfswerks knackten schon die Marke von einer Million Einsatzstunden. Im Schnitt seien dabei rund 100 Stunden ehrenamtliches Engagement je Helfendem angefallen, heißt es vom THW.

Infobox

Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 16. August:](#)

- Wurde Afghanistan erobert oder abgekauft?
- Koordinierter durch die Katastrophe

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 16. August:](#)

- Datenschutzskandal in Bremen weitet sich aus
- Pilotprojekt gegen Gewalt in Köln

[Podcast "Public Sector Insider" vom 17. August:](#)

- Eine Flut an Fehlern

[Newsletter "Digitaler Staat und Informationstechnologie" vom 18. August:](#)

- Pflicht zur Nutzung von Open Source Software?

[Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 11. August:](#)

- Die Verwaltungsdaten- Informationsplattform

BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZTAGE 2021

**Brand- und Katastrophenschutz post Corona
Herausforderungen – Ziele – Technologien**

24. AUGUST 2021, DORINT HOTEL SANSSOUCI, POTSDAM

www.brand-kata-tage.de

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Ohne die vielen Ehrenamtlichen nicht denkbar

(BS) Der Dachverband des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) feiert in diesem Jahr seinen hundertersten Geburtstag. 1921 schlossen sich in Bamberg die zum Teil bereits seit 1863 bestehenden deutschen Rotkreuz-Landesvereine zum DRK e.V. als Dachverband zusammen. Die Rotkreuz-Gesellschaft prägt seitdem die deutsche Gesellschaft. DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt sieht besonders die ehrenamtlichen Kräfte als Erfolgsgarant für die Organisation. Aber auch die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt ist von zentraler Bedeutung. Die Fragen stellte Bennet Klawon.

Behörden Spiegel: Welchen Stellenwert hat das Ehrenamt heute?

Hasselfeldt: Ohne die vielen Ehrenamtlichen – wir haben im Deutschen Roten Kreuz über 430.000 davon – wäre das Rote Kreuz überhaupt nicht denkbar. Diese vielen Ehrenamtlichen spielen seit der Gründung bis heute eine zentrale Rolle. Wichtig ist dabei auch die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt. Das hat sich besonders in der Pandemie gezeigt. Die vielen Teststationen und Impfzentren wären ohne dieses gute Miteinander zwischen Haupt- und Ehrenamt nicht möglich gewesen. Manche Tätigkeiten bei uns werden auch fast vollständig von Ehrenamtlichen ausgeführt, wie z. B. die Bergwacht, die Wasserwacht, die Bereitschaften, die Wohlfahrtspflege oder auch die Arbeit im Jugendrotkreuz.

Behörden Spiegel: Welche Lehren ziehen Sie für das ehrenamtliche Engagement aus der Corona-Krise?

Hasselfeldt: Wir haben ziemlich deutlich



Mehr zum DRK findet sich in der aktuellen Sonderbeilage des Behörden Spiegel.

Foto: BS/bhossfeld, pixabay.com

gemerkt, dass neben einer ausreichenden Materialvorhaltung – Stichwort Schutzkleidung, Masken und Ähnliches – auch eine ausreichende Personalvorhaltung notwendig ist. Hilfreich wäre z. B. ein Angebot für die Bevölkerung in pflegerischen Grundkenntnissen als Vorbereitung für Pandemien und andere Krisen. Wir denken etwa an Erste-Hilfe-Kurse mit krisenbezogenen Inhalten zur Selbsthilfe oder an eine Basisausbildung in pflegeunterstützenden Maßnahmen für den ehrenamtlichen Bereich im Wohn- und Nachbarschaftsbereich. Unser Ziel ist es, dass etwa ein Prozent der Bevölkerung in fünf Jahren entsprechend ausgebildet wird.

Das zweite Thema ist die längst überfällige rechtliche Gleichstellung von Helfern aller verschiedenen Hilfsorganisationen. Wir haben heute in vielen Bundesländern eine Sonderstellung für Helfer aus dem Technischen Hilfswerk (THW) oder der Feuerwehr, was die Arbeitsfreistellung und die Lohnfortzahlung betrifft. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DRK und anderer anerkannter Hilfsorganisationen, die Ähnliches leisten und teilweise tagelang bei Großeinsätzen unterwegs sind, haben wir das nicht. Wir brauchen also eine wirkliche Gleichstellung der Helferinnen und Helfer in allen Bundesländern.

Drittens setzen wir uns dafür ein, dass die Freiwilligendienste in Deutschland attraktiver werden und das Angebot für Freiwilligendienste speziell im Bevölkerungsschutz ausgebaut wird.

Behörden Spiegel: Sie und der DRK-Generalsekretär, Christian Reuter, forderten, dass 0,5 Prozent des Bundeshaushaltes für einen "nachhaltigen, umfassenden Bevölkerungsschutz" aufgewendet werden müssen. Löst Geld allein die Defizite?

Hasselfeldt: Es ist natürlich nicht nur das Geld. Aber das, was notwendig ist, geht nicht ohne Geld. Es ist ganz eindeutig, dass wir für mögliche Krisen und Katastrophen eine bessere Vorhaltung von Materialien brauchen. Das umfasst eine Bundesvorhaltung beispielsweise für die Betreuung von Menschen, die evakuiert werden müssen,



Gerda Hasselfeldt ist seit 2017 Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Zuvor war sie Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und Bundesministerin für Gesundheit.

Foto: BS/DRK, Henning Schacht

oder eine nationale Gesundheitsreserve von Materialien im medizinischen Bereich. Schutzausrüstung gegen das Coronavirus hatten wir zu Beginn der Pandemie nicht. Sie musste dann teuer besorgt werden, um Menschen und Fachpersonal entsprechend schützen zu können. Wir haben Nachholbedarf auch in der technischen Ausstattung in manchen Bereichen für Krisen und Katastrophenfälle. Das ist eine Erkenntnis.

Eine zweite Erkenntnis neben der notwendigen Bundesvorhaltung ist aber auch, dass wir eine entsprechende Aus- und Fortbildung der Hilfskräfte und gemeinsame Übungen brauchen, um für solche Fälle gewappnet zu sein. Das geht natürlich nicht ohne Organisation und auch nicht ohne finanzielle Hilfen aus dem Bundeshaushalt. Wir begrüßen außerdem ausdrücklich, dass das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) neu ausgerichtet wird und ein gemeinsames Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz beim BBK angesiedelt werden soll, das alle wichtigen Akteure in diesem Bereich miteinander vernetzt.

i Die ungekürzte Fassung des Interviews lesen Sie in der aktuellen Ausgabe des Behörden Spiegel auf Seite 42.

DRK baut Kläranlage im Ahrtal

(BS) Das Wasser der Flutkatastrophe hat in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen die Infrastruktur massiv beschädigt und größtenteils auch zerstört. Aus diesem Grund baut das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in der Gemeinde Mayschoß im Landkreis Ahrweiler eine temporäre Kläranlage. Dieses Provisorium soll in den kommenden zwei Jahren die Abwasseraufbereitung im Ahrtal gewährleisten.

Die provisorische Anlage besteht aus sieben Tanks mit einem Gesamtfassungsvermögen von über 330.000 Litern. Neben den Tanks wurden zudem Belüfter, ein Labor, eine UV-Desinfektionsanlage sowie Filter und Pumpen zur Behandlung des Fäkalschlammes des Abwassers installiert. Die Kapazitäten der Kläranlage reichen für die Bevölkerung der Gemeinde Mayschoß,



Kräfte des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) bauen eine provisorische Kläranlage in der Gemeinde Mayschoß.

Foto: BS/Sabrina Bagus/DRK

welche 600 Personen umfasst, aus. Die Anlage kann zudem erweitert werden. Die provisorische Kläranlage steht normalen Klärwerken in nichts nach. Die chemisch-biologischen Prozesse sind die gleichen.

"Die Hochwasser-Katastrophe Mitte Juli hat viele Klärwerke im Ahrtal komplett zerstört, der Großteil des Abwassers fließt aktuell ungeklärt in die Ahr, was ein erhebliches Seuchenpotenzial bietet. Ein Wiederaufbau der Infrastruktur wird lange Zeit in Anspruch nehmen. Mit der temporären Kläranlage können wir die Abwasseraufbereitung in der Region nun schnell wiederherstellen. Dadurch wird die Gefahr einer Ausbreitung von Krankheiten und Umweltschäden gemindert", so die DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt.

Die Kläranlage wurde eigentlich für humanitäre Hilfeinsätze des DRK im Ausland angeschafft und vom Auswärtigen Amt finanziert. Eine neue Anlage wird nun mit eingehenden Spenden beschafft, um die Einsatzbereitschaft für die Auslandsarbeit zu gewährleisten.

"Ursprünglich wurde die Anlage in Koordination mit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften (IFRC) für einen Einsatz im Ausland konzipiert. Dass sie nun erstmals im Inlandgebrauch werden würde, hätte wohl niemand für möglich gehalten. Das zeigt, dass solche Katastrophen überall auftreten können – auch vor der eigenen Haustür", erklärte Hasselfeldt.

Was wurde gelernt?

(BS) In Katastrophen werden die Defizite der Gefahrenabwehr offengelegt und in der Öffentlichkeit breit diskutiert. So geschehen auch bei der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Die mediale Berichterstattung setzt dabei häufig nur bei der Suche nach Verantwortlichen an. Dabei fallen die Erkenntnisse und Lehren aus der Katastrophe häufig unter den Tisch.

Um jedoch das Hilfeleistungssystem weiterzuentwickeln, führt Prof. Dr. Henning G. Goersch, Professor für nationalen und internationalen Bevölkerungsschutz an der Akkon Hochschule für Humanwissenschaften Berlin, eine Early Lessons Learned-Befragung durch. "In dieser wird versucht, wie es sich für eine neutrale Bestandsaufnahme gehört, sowohl Negatives als auch Positives zu erfassen und zu analysieren", so Goersch. Er verspricht sich, durch diese empirische Untersuchung die Ergebnisse nüchterner betrachten zu können.

Die Umfrage richtet sich an Einsatzkräfte sowie Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die seit dem 12. Juli in den von der Flut betroffenen Gebieten tätig waren oder sind. Außerdem können sich auch ungebundene Spontanhelferinnen und -helfer sowie Betroffene, die aktiv zur Katastrophenbewältigung beigetragen haben, an der Early Lessons Learned-Befragung beteiligen.

Die Befragung findet sich [hier](#).

DIGITALER STAAT
ONLINE
THEMENTAG

Sicherer mobiler Arbeitsplatz der Zukunft

Dienstag, 28. September 2021, 14:00 – 16:00 Uhr



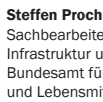
Friedel Cramer
Präsident, Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit



Clemens A. Schulz
Director Desktop Security,
Rohde & Schwarz Cybersecurity



Tom Pasternak
Abteilungsleitung NdB –
Strategie und Konzeption,
BDBOS



Steffen Prochnow
Sachbearbeiter im Referat für IT
Infrastruktur und Basistechnologie,
Bundesamt für Verbraucherschutz
und Lebensmittelsicherheit



Grafik: stock.adobe.com/director

Ausbau der deutschen Atmosphärenforschung

(BS) Die Bundesrepublik erhält eine neue Infrastruktur zur Erforschung von Feinstaubpartikeln, Wolken und Spurengasen. Verteilt auf elf Einrichtungen wird dieser deutsche Beitrag zur EU-Forschungsinfrastruktur ACTRIS in Zukunft bessere Vorhersagen für Luftqualität, Wetter und Klima ermöglichen. Am deutschen Beitrag (ACTRIS-D) beteiligen sich verschiedene Akteure der Atmosphärenforschung, darunter der Deutsche Wetterdienst (DWD), Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Koordiniert wird der deutsche Teil durch das Leibniz-Institut für Troposphärenforschung (TROPOS) in Leipzig. Die neue Forschungsinfrastruktur wird Daten zu den kurzlebigen atmosphärischen Bestandteilen der Atmosphäre vom Boden bis in die

Stratosphäre liefern. Sie wird helfen, die Unsicherheiten in der Vorhersage des künftigen Klimas zu reduzieren, das Wissen über Klima-Rückkopplungsmechanismen zu verbessern und Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität sowie deren Auswirkungen auf Gesundheit und Ökosysteme zu bewerten. Der DWD beteiligt sich u. a. mit seinem Meteorologischen Observatorium Hohenpeißenberg (MOHp).

Die paneuropäische Initiative ACTRIS befindet sich seit 2016 auf der europäischen Roadmap für Forschungsinfrastrukturen. Ab dem kommenden Jahr soll sie als "European Research Infrastructure Consortium" (ERIC) ihre langfristige Arbeit aufnehmen. Der deutsche Beitrag ACTRIS-D wird vom Bundesministerium für Bildung und For-

schung (BMBF) zunächst mit insgesamt fast 75 Millionen Euro gefördert. Mit diesen Mitteln werden in den kommenden fünf Jahren zahlreiche feste und mobile Messstationen sowie Labore und Simulationskammern ausgebaut oder neu errichtet. Eine weitere Förderphase zum vollständigen Aufbau von ACTRIS-D mit einer BMBF-Förderung von etwa elf Millionen Euro ist für die Zeitspanne von 2026 bis 2029 vorgesehen. Den langfristigen Betrieb von Serviceeinrichtungen finanziert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). An ACTRIS-D beteiligen sich neben dem DWD u. a. das Alfred-Wegener-Institut (AWI), die Bergische Universität Wuppertal, die Universität Frankfurt am Main und das Umweltbundesamt.

"Kollegen helfen Kollegen"

(BS) Im Polizeipräsidium Bonn hat sich eine Freiwilligengruppe zur Unterstützung bei der Bewältigung der Hochwasserlage in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gebildet. Dabei handelt es sich um eine besondere Aufbauorganisation (BAO) innerhalb einer anderen BAO. Gegründet wurde sie vom Personalrat der Behörde. In der

Einheit, deren Mitglieder fast täglich mit 30 bis 60 Personen ins Katastrophengebiet gefahren sind, um dort zu helfen, engagieren sich verschiedenste Mitarbeiter. Vertreten sind sowohl Polizeivollzugsbeamte als auch Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte. Die Gruppe firmiert unter dem Namen "Kollegen helfen Kollegen". Denn einige

Beschäftigte des Bonner Polizeipräsidiums waren aufgrund ihres Wohnsitzes im Katastrophengebiet selbst vom Hochwasser betroffen. Da der polizeiliche Alltag natürlich regulär weiter bewältigt werden musste, engagierten sich die Freiwilligen, die sich selbst ausrüsteten, auch in ihrer Freizeit oder Freistellung.





Behörden Spiegel

SONDERPUBLIKATIONEN

LESEN SIE AUCH UNSERE PUBLIKATIONEN U.A. AUS DEN SCHRIFTENREIHEN:

- MODERNE POLIZEI
- BDBOS
- MODERNE STREITKRÄFTE
- MILITÄRATTACHÉS



www.behoerden-spiegel.de/sonderpublikationen





Deutsche wollen den Katastrophenalarm auf dem Handy

(BS) Nach dem verheerenden Hochwasser in Teilen Deutschlands im Juli wünscht sich eine breite Mehrheit der Deutschen (83 Prozent), künftig in solchen Katastrophenfällen per Kurznachricht auf Handy oder Smartphone gewarnt zu werden. Dies ergab eine repräsentative Befragung des Digitalverbands Bitkom. Demnach wird nur die Warnung über Fernsehen (95 Prozent) und Radio (94 Prozent) sowie per Sirene (86 Prozent) von den Bürgerinnen und Bürgern häufiger gewünscht.

In diesem Kontext spricht sich auch Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder für die Warnung der Menschen per Kurznachricht auf Handy und Smartphone aus, das Stichwort lautet Cell-Broadcast: "Die Cell-Broadcast-Technologie bietet die Möglichkeit, an alle Mobiltelefone an einem bestimmten Ort eine Warn-Nachricht zu versenden. Cell-Broadcast ist eine wichtige und stark nachgefragte digitale Stärkung des Katastrophenschutzes." Die Bundesregierung müsse nun schnellstmöglich die erforderlichen Rechtsgrundlagen und technischen Voraussetzungen schaffen, um Cell-Broadcast in Deutschland einzuführen, und in einen Dialog mit den Netzbetreibern und Telekommunikationsunternehmen über die Umsetzung eintreten.

Warn-Apps unbeliebter

Deutlich hinter der Warnung via Cell-Broadcast stehen hingegen andere digitale Warnmittel in der Gunst der Deutschen.

Notfall-Warn-Apps wie NINA oder KATWARN, auf die der Staat bisher zur Katastrophenwarnung auf dem Smartphone setzte, landen in der Bitkom-Umfrage mit 55 Prozent hinter der Warnung mit dem guten alten analogen Lautsprecherwagen (71 Prozent). Nur 44 Prozent wollten per Push-Nachricht von Nachrichtenportalen in Katastrophenfällen gewarnt werden, 31 Prozent per Anruf, 25 Prozent über Tools in sozialen Netzwerken wie Facebook Safety Check und zehn Prozent per E-Mail. Trotzdem plädiert Rohleder für eine breite Nutzung verschiedener Warnmittel: "Wir sollten alle Wege nutzen, vor allem aber auch diejenigen, bei denen besonders viele Menschen auf einmal erreicht werden. Anders als etwa bei Sirenen können auf digitalem Weg zudem spezifische Verhaltenshinweise gegeben werden." Ein Vorteil digitaler Technologien sei außerdem, dass schnell und kostengünstig auf vielen verschiedenen Wegen informiert werden könne.

Warnung auf verschiedenen Wegen

Die Warnung auf vielen verschiedenen Wegen entspräche auch der Stimmung der Deutschen. Laut Umfrage wünschen sich 94 Prozent derjenigen, die gerne per automatischer Kurznachricht wie beim Cell-Broadcast auf dem eigenen Handy im Katastrophenfall gewarnt werden wollen, dass sie auf allen verfügbaren Kanälen die entsprechenden Warnungen und Informationen erhalten. 91 Prozent heben in die-



Warnung per App steht bei der deutschen Bevölkerung nicht hoch im Kurs. Favoriten bleiben Warnung über Fernseher und Sirene.

Foto: BS/Thomas Ulrich, pixabay.com

sem Zusammenhang hervor, dass sie Handy oder Smartphone immer bei sich haben.

Kritik an Digitalisierung des Katastrophenschutzes

Kritik äußerten die Teilnehmenden hingegen an der Politik der Bundesregierung. Eine breite Mehrheit von 90 Prozent sagte, dass die Bundesregierung die Digitalisierung des Katastrophenschutzes verschlafen habe. 59 Prozent sind der Meinung, dass Deutschland anderen Ländern beim Katastrophenschutz hinterherhinke. Gleichzeitig haben 79 Prozent Angst, dass in Deutschland künftig häufiger Katastrophen auftreten. 52 Prozent fordern, dass eine bundesweite Behörde die Warnung der Bevölkerung künftig übernimmt.

BOS

Beschaffertage 2021

10.-11. November 2021, Bonn



Informationskampagne gestartet

(BS) Die Berliner Feuerwehr hat eine neue Informationskampagne begonnen. Mit ihr sollen die Bürgerinnen und Bürger für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Notrufnummer 112 sensibilisiert werden. Es gibt für jedes der drei zentrale Einsatzfelder (Brandbekämpfung, Technische Hilfeleistung und Rettungsdienst) der Berliner Feuerwehr ein eigenes Werbemotiv.

Der Ständige Vertreter des Landesbranddirektors, Karsten Göwecke, erklärte, dass der Kampagne mit dem Titel "Wenn's drauf ankommt: 112" "eine Gratwanderung gelingen" müsse. "Einerseits möchten wir nahebringen, was kein Fall für den Notruf ist. Andererseits möchten wir natürlich niemanden, der Hilfe benötigt, davon abhalten, die 112 zu wählen." Durch die Kampagne soll auch an die Selbsthilfefähigkeiten der Menschen appelliert werden.

Kein Zeigefinger, sondern Kommunikation auf Augenhöhe

Dr. Stefan Poloczek, Ärztlicher Rettungsdienst bei der Berliner Feuerwehr, der grundsätzlich von vermeidbaren und nicht von unnötigen Notrufen spricht, ergänzte: "Damit jeder Mensch in Berlin die Hilfe erhält, die er oder sie benötigt und die in der jeweiligen Situation angemessen ist, setzen wir bei der Notrufoffensive nicht auf den erhobenen Zeigefinger, sondern auf Kommunikation auf Augenhöhe." Neben den Plakatmotiven, die im Stadtgebiet zu sehen sein werden, gibt es auch Flyer, ein Maga-



Stellten die neue Notrufoffensive der Berliner Feuerwehr vor: Karsten Göwecke, Ständiger Vertreter des Landesbranddirektors (hintere Reihe rechts), und der Ärztliche Leiter Rettungsdienst, Dr. Stefan Poloczek (hintere Reihe links).

Foto: BS/Feldmann

zin sowie eine Homepage. Zudem werden die Sozialen Netzwerke genutzt. Eine Kampagne scheint nötig, um Veränderungen herbeizuführen. Denn im vergangenen Jahr hatte die Berliner Feuerwehr laut Poloczek im Vergleich zum Jahr 2013 30 Prozent mehr Rettungsdiensteinsätze zu bewältigen. Interessant an der Kampagne ist zudem, dass sie nicht in Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) der Bundeshauptstadt stattfindet und es sich auch nicht um eine Kampagne der Senatsverwaltung für Inneres und Sport handelt. Diese war bei der Vorstellung auch nicht vertreten.

Neuer BFRA-Standort

(BS) Die Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie (BFRA) erhält einen neuen Standort. Ein Umzug auf das Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel wird jedoch frühestens 2027 erfolgen. Die BFRA wird Teil des Nachnutzungsvorhabens, Berlin TXL – The Urban Tech Republic.

Am neuen Standort werden der Feuerwehr zwei Hangar zur Verfügung stehen, die sich in multifunktionale Übungshallen umbauen lassen. Damit wird ein wetterunabhängiges Beüben verschiedenster Szenarien möglich. Die Nachnutzung zusätzlicher Anlagen, wie etwa dem Tanklager, spart zudem Abrisskosten und erweitert das Spektrum der Ausbildung. Mehrere hundert Einsatzkräfte können zeitgleich am neuen Standort ausgebildet werden.

Kapazitätssteigerung möglich

Der Ständige Vertreter des Landesbranddirektors, Karsten Göwecke, erklärte: "Der ehemalige Flughafen Tegel als neuer Standort unserer Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie, bietet die Möglichkeit unser Ausbildungsniveau weiter zu verbessern sowie unsere Ausbildungskapazitäten zu steigern."

Derweil wurde auch bekannt, dass die Berliner Feuerwehr Drohnen dauerhaft einsetzen und aller Voraussicht nach auch weitere unbemannte Systeme anschaffen will. Die exakte Zahl steht allerdings noch nicht. Vier Drohnen waren zuvor getestet worden, eine davon zu BFRA-Zwecken.

DAS E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.

www.f4p.online



Weniger Feuerwehreinsätze in Baden-Württemberg

(BS) Das Einsatzgeschehen der Feuerwehren in Baden-Württemberg hat im vergangenen Jahr deutlich abgenommen. Die Zahl der Einsätze im "Ländle" ging um fast sechs Prozent zurück. Hauptgrund hierfür dürfte die Corona-Pandemie gewesen sein.

Insgesamt wurden im Jahr 2020 111.302 Einsätze bewältigt. Das sind 5,8 Prozent weniger als noch 2019. 50.677 Einsätze (45,5 Prozent) entfielen auf Technische Hilfeleistungen, 18.139 auf Brandeinsätze (16,3 Prozent) und fast 20 Prozent (22.161 Einsätze) auf Fehlalarme. Bei 11,3 Prozent (12.520 Einsätze) handelte es sich um sonstige Alarmierungen, etwa um Tiere zu retten. 7.805 Einsätze (sieben Prozent) zählen zum Rettungsdienst und zu Krankentransporten.

Die häufigste Ursache für Fehlalarme sind demnach Brandmeldeanlagen und Rauch-

warnmelder in Privathaushalten. Ihre Zahl ging in Baden-Württemberg im Vergleich zu 2019 jedoch um 7,7 Prozent zurück. Ein geringerer Rückgang um "nur" 2,9 Prozent war bei den Einsätzen zur Brandbekämpfung zu verzeichnen. Bei diesen Einsätzen und bei jenen zur Technischen Hilfeleistung wurden 2020 von den Gemeindefeuerwehren 11.114 Personen gerettet. 2019 waren es 12.857. 1.554 Menschen konnten nur noch tot geborgen werden. 2019 waren es 1.595.

Aufseiten der Retter wurden 99 Berufsfeuerwehrleute und 800 Freiwillige Feuerwehrleute im Dienst verletzt. Das sind klare Rückgänge im Vergleich zu 2019. Damals wurden 162 Berufsfeuerwehrleute und 1.516 Angehörige Freiwilliger Feuerwehren verletzt. Allerdings nahm die Zahl der Verletzten bei den Werkfeuerwehren zu.



Die Feuerwehren in Baden-Württemberg hatten im letzten Jahr weniger Einsätze zu bewältigen.

Foto: BS/E. Kopp, pixello.de

Kaum Veränderungen gab es bei der Zahl der Feuerwehrkräfte im "Ländle" sowie beim Frauenanteil.

Fast 200 Ertrunkene seit Jahresbeginn

(BS) In den ersten sieben Monaten des Jahres sind in Deutschlands Gewässern mindestens 184 Personen ertrunken. Das sind vier weniger als im Vorjahreszeitraum. Die meisten Fälle (29; und damit fünf weniger im Vergleich zum Vorjahr) gab es in Bayern.

Es folgen Baden-Württemberg mit 23 Fällen (minuseins) und Mecklenburg-Vorpommern mit 21 (plus zwölf). Zu diesem Anstieg erklärte der Präsident der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Achim Haag: "Der auffällig starke Anstieg in Mecklenburg-Vorpommern ist vor allem durch

eine gestiegene Zahl an Badeunglücken in der Ostsee zu erklären." Dort starben 15 Menschen, in der Nordsee eine Person.

Die meisten Unfälle gab es aber weiterhin im Binnenland, vor allem an ungesicherten Badestellen. Mehr als drei Viertel der ertrunkenen Menschen starben allein in Seen und Flüssen. In Seen kamen 86 Menschen ums Leben, in Flüssen waren es 53. "An Flüssen und Seen sind in den wenigsten Fällen Rettungsschwimmer im Einsatz. Ein simples Badeverbotschild reicht eben nicht aus, um Menschen vor dem Sprung

ins unbewachte und vor allem unbekannte Gewässer abzuhalten", so Haag. In Kanälen starben elf Personen, in Teichen fünf, in Bächen drei und in Pools zwei. In Gräben und Hafenbecken kam jeweils ein Mensch ums Leben. In sonstigen Gewässern, wie zum Beispiel Rückhaltebecken, waren vier Tote zu beklagen. In Schwimmbädern starben zwei Menschen. 79 Prozent der Badetoten waren männlich. Hauptgründe für das Ertrinken sind laut DLRG das Baden an unbewachten Abschnitten, Leichtsinn, Selbstüberschätzung und Alkoholeinfluss.



Zukunft – Stadt und Region

Die neue Veranstaltungsplattform
des Behörden Spiegel

Neue Mobilität Feuerwehr

25.8.2021, 14.00 – 15.30 Uhr

Mehr unter: www.neuestadt.org





Foto: Michael Stiffler, stock.adobe.com

PRAXISSEMINAR

Feuerwehrbedarfsplanung

Fachliche Hintergründe und hilfreiche Werkzeuge für die bedarfsgerechte Feuerwehrstruktur

13. September 2021, 09:30-17:30 Uhr, München

Dieses Seminar vermittelt grundlegende Kenntnisse in der Bedarfsplanung von Feuerwehren und stellt anhand vielfältiger Praxisbeispiele die Anforderungen an eine angemessene und zielorientierte Bedarfsplanung dar. Die wesentlichen rechtlichen Grundlagen für die Bedarfsplanung von Feuerwehren werden ebenso vorgestellt und bewertet wie spezifische Rahmenbedingungen einzelner Bundesländer.

Ihre Referenten:

Simon Zens ist seit mehr als 10 Jahren in der Beratung von Feuerwehren und weiteren Behörden der Gefahrenabwehr tätig. Neben einem Studium der Sicherheitstechnik und einem Master-Abschluss im Studiengang Brandschutz verfügt Herr Zens auch über praktische Feuerwehrerfahrungen, unter anderem als Zugführer in einer Freiwilligen Feuerwehr.

Thomas Zawadke, Dipl.-Ing. (FH) Fahrzeugtechnik, ist selbständiger Beratungs- und Entwicklungsingenieur. Seit 1973 aktives Feuerwehrmitglied. Lehrauftrag „Feuerwehrfahrzeugtechnik“ an der Hochschule Ulm. Mitarbeit im DIN in den drei Arbeitsgremien für Löschfahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Ausrüstung.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de; Suchwort „Feuerwehrbedarfsplanung“

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Matthias Lorenz, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Paul Schubert, Benjamin Stiebel. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistenten: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.